

ZWISCHENRUF

Thema der Woche

„Auf wirtschaftspolitischem Crashkurs“

„Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Tricksen, täuschen, verschleppen und betrügen - das scheint die wirtschaftspolitische Strategie dieser Bundesregierung zu sein.

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

- Da brauchen Sie gar nicht zu lachen. Sie brauchen sich nur das anzuschauen, was Herr Brüderle hier vorgestellt hat. Ich denke, solange Sie diese Politik fortsetzen, so lange wird die Hoffnung auf einen selbsttragenden, auf einen wirklichen Wirtschaftsaufschwung nichts als ein frommer Wunsch bleiben.

(Beifall bei der LINKEN)

weiter auf Seite zwei

Pressemitteilung vom 20. Januar 2010

Diskriminierende Regelungen im Arbeitsrecht abschaffen

„Das bisher in Deutschland geltende Arbeitsrecht weist nicht nur bei den geltenden Kündigungsfristen erhebliche Unzulänglichkeiten auf“, so Jens Petermann zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes, wonach Kündigungsfristen, die Beschäftigungszeiten erst vom 25. Lebensjahr an berücksichtigen, gegen die EU-Richtlinie zum Diskriminierungsverbot verstoßen. Das Mitglied im Rechtsausschuss der Fraktion DIE LINKE weiter:

„DIE LINKE fordert die Schaffung eines neuen einheitlichen Arbeitsgesetzbuches, in dem das gesamte Arbeitsrecht zusammenfassend geregelt wird.“

Pressemitteilung vom 27. Januar 2010

Zu dem verschwindend geringen Anteil an Frauen in den Betreuerteams der deutschen Olympiamannschaft erklären die sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Katrin Kunert, und der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Jens Petermann, Mitglied im Sportausschuss:

Der Sport braucht Frauen in verantwortlichen Positionen

Noch 2009 feierte der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) „Das Jahr der Frauen im Sport“. Frauen sollten auch in den Betreuerstäben, bei Trainerposten, medizinischer Versorgung und im Funktionärsbereich, stärker in verantwortliche Positionen geholt werden.

Die Realität 2010 sieht anders aus: Von den 127 vom DOSB für die Olympischen Winterspiele in Vancouver nominierten Personen in den nach Disziplinen getrennten Betreuerteams sind sieben(!) weiblich – gerade einmal 5,5%. DOSB-Generaldirektor Vesper gab während einer Sitzung des Sportausschusses die Schuld dafür den vorschlagenden Verbänden.

Soldaten sind keine Entwicklungshelfer

Mehr als acht Jahre dauert der Einsatz der NATO in Afghanistan unter Beteiligung der Bundeswehr an. Immer deutlicher offenbart sich die Grausamkeit des Krieges, den die NATO und die Bundeswehr dort führen - nicht zuletzt durch das Massaker von Kunduz im September 2009, als auf Befehl eines deutschen Oberst bis zu 140 Menschen bei einem Bombardement gezielt getötet wurden. Aber der Bombenangriff von Kunduz ist nur die Spitze des Eisberges.

Der Krieg in Afghanistan bedeutet tagtäglich Zerstörung und Sterben. Allein im Jahr 2009 sind laut UNO über 2400 ZivilistInnen bei Kampfhandlungen getötet worden.

Bislang hat der Bundeswehreinsatz die deutschen Steuerzahler über vier Milliarden Euro gekostet. Allein für das Jahr 2010 bewilligt die Bundesregierung für den militärischen Einsatz am Hindukusch erneut 784 Millionen Euro. Diese Gelder fehlen für den Wiederaufbau in Afghanistan. Nach wie vor ist Afghanistan eines der ärmsten Länder der Welt. Viele Afghaninnen und Afghanen haben von der internationalen Unterstützung nichts gesehen. Sie leben immer noch ohne Zugang zu sauberem Wasser, medizinischer Versorgung oder Strom.

Soldaten sind keine Entwicklungshelfer. Die Vermischung von militärischem und zivilem Engagement gefährdet die Arbeit der Entwicklungsorganisationen. Weil man sie als Teil der Besatzung wahrnimmt, werden ihre Mitarbeiter zu Angriffszielen. Entwicklungsorganisationen selbst lehnen es ab, unter den Schirm der Bundeswehr gestellt zu werden.

Afghanistan braucht Hilfe beim zivilen Wiederaufbau und Unterstützung für einen Friedensprozess. Afghanistan benötigt keine Besatzungsarmeen, durch die der Krieg immer weiter eskaliert und die den Weg zum Frieden verbauen. Noch in diesem Jahr muss der letzte Bundeswehrsoldat Afghanistan verlassen haben.



„Im Dialog“ – Neujahrsempfang der Fraktion DIE LINKE.

Am Rande des Neujahrsempfangs der Bundestagsfraktion DIE LINKE. ergaben sich zahlreiche interessante Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen aus Bayern und Hessen. Wir verständigten uns zu gemeinsame Themen und konnten besonders auf dem Gebiet des Arbeitsrechts übereinstimmende Positionen finden. Darüber hinaus besteht ein großes Interesse an einem „Drei-Länder-Treffen“ von Parteimitgliedern und Mandatsträgern. Es wird voraussichtlich in Suhl stattfinden.

„Auf wirtschaftspolitischem Crashkurs in die nächste große Krise“

Das Grundproblem ist, dass Sie wirklich glauben, dass es irgendwann einfach so weitergeht wie vor 2008. Ich kann Ihnen nur sagen: Vergessen Sie es! Es wird kein Zurück zu einem Modell geben, bei dem die deutsche Wirtschaft jedes Jahr Exportüberschüsse in irrwitziger Größenordnung aufhäuft und gleichzeitig der Binnenmarkt durch Sozialraub und Lohndumping immer mehr ruiniert wird, wo alles Wachstum nur am Export hängt. Ein Zurück zu diesem Modell ist weder wünschenswert noch denkbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist nicht wünschenswert, weil das ein Wachstum erzeugt, das an der großen Mehrheit der Menschen vorbeigeht. Das haben wir beim letzten Wirtschaftsaufschwung gesehen. Es ist auch nicht denkbar, wenn Sie sich die weltwirtschaftliche Situation ansehen. Was war denn die Grundlage dieser Exporterfolge? Das war nicht zuletzt die wachsende Verschuldung der amerikanischen Konsumenten. Aber diese Konsumenten sind heute kaum weniger überschuldet als zu Beginn der Krise. Auch der US-Staat ist inzwischen weitgehend an der Grenze seiner Defizitmöglichkeiten angelangt.

Oder schauen Sie in andere Regionen der Welt, schauen Sie auf Osteuropa. Die Krise hat in Osteuropa eine Schneise der Verwüstung geschlagen. Das bedeutet, dass dort Wachstum und Nachfrage auf Dauer am Boden liegen werden.

(Jörg van Essen (FDP): Das war der Kommunismus!)

Südostasien - darauf setzen Sie so gern Ihre Hoffnung - exportiert mehr als es importiert. Das heißt: Die Weltwirtschaft wird uns nicht retten. Wer immer nur darauf setzt, dass das Heil von außen kommen muss, der benimmt sich wie jemand, der in einer kalten Wohnung sitzt und auf den Winter schimpft, aber nicht auf die Idee kommt, dass man vielleicht die Heizung anstellen könnte. So ist Ihre Strategie.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer eine wirtschaftliche Erholung will, die diesen Namen verdient, der muss aufhören, auf warmes Wetter draußen zu warten, sondern der muss etwas gegen die soziale Eiseskälte in der Bundesrepublik Deutschland tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Inzwischen hat es sich selbst bis zu Herrn Brüderle herumgesprochen, dass wir ein akutes **Nachfrageproblem** haben. Dieses Nachfrageproblem haben wir nicht, weil den Menschen die Lust, zu konsumieren, abhanden gekommen ist, sondern weil Millionen Menschen in diesem Land einfach nicht mehr das Geld in der Tasche haben, um sich die Dinge zu kaufen, die sie dringend brauchen. Das ist das Ergebnis jahrelanger Lohnsenkungen. Das ist ein Ergebnis von Rentensenkungen; auch jetzt haben wir wieder zwei Nullrunden vor uns. Das ist ein Ergebnis von Sozialabbau.

Ich traue dieser Regierung wirklich viel zu. Aber dass sie tatsächlich glauben kann, dass sie die Nachfrage im Land dadurch fördert, dass sie reiche Erben, Besserverdiener und spendierwillige Unternehmen mit Steuergeschenken bedenkt, dass sie wirklich annehmen kann, dadurch die Nachfrage zu stärken, dazu kann ich nur sagen: So viel wirtschaftspolitischen Unverstand würde ich selbst dieser Koalition nicht zutrauen wollen.

(Beifall bei der LINKEN - Jörg van Essen (FDP): Das müssen Sie gerade sagen!)

[...]Wie Sie davon träumen können, unter solchen Bedingungen einen wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen, bleibt wirklich Ihr Geheimnis. Wir werden in dieser Debatte weiterhin immer wieder darauf beharren: Natürlich gibt es zu dieser Art von Politik Alternativen. Diese Alternativen liegen eigentlich auf der Hand: Wenn die jahrelange Umverteilung der Einkommen von unten nach oben den **Binnenmarkt** zerstört hat, liegt es dann wirklich so fern, vielleicht einmal die entgegengesetzte Richtung zu versuchen, das heißt darauf zu setzen, dass jetzt diejenigen für die Krise zahlen, die von den Entwicklungen vorher profitiert haben, und nicht wieder den Facharbeiter, die Lidl-Verkäuferin oder sogar den Hartz-IV-Empfänger zur Kasse zu bitten? Warum verweigern Sie sich einer Millionärssteuer? Warum verweigern Sie sich einer Finanzkrisenverantwortungsgebühr, wie Obama sie vorgeschlagen hat, und lassen stattdessen die Banken schon wieder auf den internationalen Märkten herumzocken, als hätte es überhaupt keine Finanzkrise gegeben? Wenn die ständige Schrumpfung des öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Investitionen die Arbeitslosigkeit erhöht hat, liegt es dann so völlig fern, vielleicht auch einmal auf das gegenteilige Konzept zu setzen, nicht auf weitere Privatisierung, sondern auf den Ausbau des öffentlichen Dienstes und die Erhöhung der öffentlichen Investitionen? Die Bundesrepublik befindet sich in all diesen Bereichen inzwischen in einer peinlichen Schlusslichtposition in Gesamteuropa. Wenn die jahrelange Enteignung der Beschäftigten Kaufkraft und Konsum nach unten gedrückt hat, ist es dann wirklich eine so fernliegende Idee, all die barbarischen Gesetze zurückzunehmen, die genau diesen Lohnraub ermöglicht haben, ganz vorn die Liberalisierung der Leiharbeit und natürlich auch den mit Hartz IV verbundenen Zwang zur Annahme auch noch der letzten Hungerlohnjobs?

Die FDP möchte immer so gern Subventionen abbauen. Ich sage Ihnen: Eine Subvention können Sie wirklich abbauen: Das ist die Subventionierung der Billigjobs in diesem Land. Das kostet den Steuerzahler inzwischen fast 10 Milliarden Euro im Jahr.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen: Schaffen Sie einen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde, und Sie werden den größten Teil dieser 10 Milliarden Euro einsparen können! Das ist ein konstruktiver Sparvorschlag.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber wahrscheinlich wird das bei Ihnen wieder auf taube Ohren stoßen.

Der wirtschaftspolitische Kurs, den diese Bundesregierung fährt, ist ein Crashkurs - man kann das nicht anders nennen -, der früher oder später in die nächste große Krise hineinführen wird. Ich kann Ihnen ankündigen: Die Linke wird diesem Kurs weiterhin schärfsten Widerstand entgegensetzen.“

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP): Da haben wir Angst!)

Sarah Wagenknecht, wirtschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion, im Deutschen Bundestag am 28. Januar 2010

Die vollständige Rede: <http://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/646.die-bundesregierung-ist-auf-wirtschaftspolitischem-crashkurs-in-die-naechste-grosse-krise.html>